

4.3.74 **WÖCHENTLICH** DM 0.50

INHALT

Anschrift:
INFO UBG c/o RC
1 Berlin 21
Stephanstr.6o
Tel: 395 8o 83
verantwortlich:
Victor Serge

ZUR HERAUSGABE

Im Dezember hatte der LANGE MARSCH zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, um Fragen der Undogmatischen Linken möglichst öffentlich zu diskutieren. Der ersten Veranstaltung folgten nun regelmässige Treffen jeweils Mittwochs in der FU. Die Absicht des LM war entsprechend seinem Öffentlichkeitsverständnis, weitere Diskussionsveranstaltungen folgen zu lassen. Eine Organisierung wurde erst als langfristige Folge der Diskussionen verstanden. Im Unterschied zu dem eher langfristigen Konzept des LM machte die GUM Ende Januar konkrete Vorschläge für erste Organisierungsschritte. Ein Vorschlag ist dieses INFO. Es wurde im Laufe der Diskussion von fast allen Gruppen als grundsätzlich sinnvoll angesehen, aber in den Gruppen selbst noch nicht abschliessend diskutiert. Allerdings gab es schon einige Gruppen und Individuen, die ähnlich wie die GUM das INFO möglichst bald beginnen wollten, um dann anhand der ersten Ausgaben sehr viel konkreter diskutieren zu können. Auch hier zeigt sich wieder die übliche Problematik: viele machen erst mit, wenn's läuft. Die fehlgeschlagenen Koordinationsbemühungen der letzten Jahre sind der Vorwand , daß man es gar nicht erst wieder versucht. Wie notwendig aber konkrete Schritte sind, zeigt das bereits wieder abnehmende Interesse am Mittwochsplenum im SZ. Im folgenden bringen wir Auszüge aus den Vor-

schlägen zur Organisierung:
" 1. Die bisherigen Treffen verschiedener Undogmatischer Gruppen können nur an Effektivität gewinnen, wenn die Organisierung einbezogen wird, d.h. die Organisierung an aktuellen Konflikten. Wir brauchen Inhalte, an denen wir uns organisieren können. Das Treffen kann nicht länger konsequenzlosen Diskussionen von Vergangenheit und Zukunft vorbehalten bleiben, weil es sonst bald Frustrationen erzeugen wird. Wir wollen aber auch nicht ins Blaue hinein organisieren, ohne Perspektiven und weitergehende grundsätzliche politische Überlegungen ...
2. Wir meinen, daß es notwendig ist, daß die Undogmatische Linke sowohl zu aktuellen politischen Problemen Stellung nimmt, als auch so bald als möglich Aktionen plant und durchführt und spontane Kämpfe unterstützt... Wir brauchen aber für diese weitere Zusammenarbeit einen Ort, an dem wir uns regelmäßig treffen können und an dem wir auch regelmäßig außerhalb unserer Treffen zu erreichen sind. Wir schlagen als diesen Ort das Sozialistische Zentrum vor. Dort kann die Koordination beginnen.
... 4. Wir argumentieren noch einmal gegen weitere Teach-Ins zum gegenwärtigen Zeitpunkt (wie sie der LM vorgeschlagen hat.) Teach-Ins sollten Kampagnen- bzw. konfliktbezogen sein ... Diskussions-Teach-Ins sind allenfalls sinnvoll, um wesentliche Zwischenschritte der Organisierung zu vermitteln. Diese Schritte müssen aber zunächst unternommen werden.

Ein Mangel der bisherigen Zeitungen und INFO's , in denen das stand , was uns interessierte, war deren geringe Aktualität. Eine Ausnahme machte u.a. die alte "883", die über ein Jahr wöchentlich erschien. Auch die Rote Presse Korrespondenz, die fast gleichzeitig wie die 883 Anfang 1969 zum ersten Mal erschien, war ein wöchentliches Informationsorgan, das aber zumeist die Verlautbarungen von Spitzengremien und nur gelegentlich Berichte von der Basis der arbeitenden Gruppen enthielt. Allmählich verkam sie zum "Linienschiff" und fiel schließlich ganz in die Hände des KSV. Ursprünglich war sie als Organ der Undogmatischen Gruppen gegründet worden.
Ein zweiter Mangel der meisten Zeitungen ist die Tatsache, daß diese Zeitungen von einer Redaktion gemacht werden, die sich mit ihrer Redaktionsarbeit als politische Gruppe versteht und im Zuge revolutionärer "Arbeitsteilung" über das schreibt - wenn überhaupt - was andere tun. Zeitungsschreiben wird zur ausschließlichen politischen Praxis. Die Redakteure begründen das auch immer wieder mit der aufwendigen Zeitungsherstellung. Daß es auch anders gehen kann, hat WIR WOLLEN ALLES bewiesen, die offenbar tatsächlich von den arbeitenden Gruppen gemacht wird. Für die politische Arbeit in Berlin hat aber die WWA nur indirekten Wert. Bisher war keine berliner Gruppe in der Lage, kontinuierlich mitzuarbeiten. Außerdem entspricht die monatliche Erscheinungsweise auch wieder nicht dem Bedürfnis nach aktueller Information. Auch eine umfassende Miterbeit berliner Gruppen an dem wöchentlich erscheinenden INFORMATIONSDIENST gelang nicht. Der ID soll auch Berichte aus Westberlin nicht veröffentlicht oder redigiert haben, weshalb die berliner Redaktion ihre Mitarbeit einstellte.

Wir haben nun vor , daß das INFO 1. wöchentlich erscheint und aktuell ist, daß es 2. von möglichst vielen Gruppen getragen wird und nicht von einer festen Redaktion. 3. Das INFO versteht sich nicht als x-beliebiges Blatt, sondern als ein Ausdruck der Organisierung undogmatischer Gruppen, als Mittel, das so gut oder schlecht ist, wie die Zusammenarbeit der Gruppen, die es tragen. Für eine Organisierung sind aber nicht nur Informationen darüber notwendig, was sich in einer Woche in der Gruppenarbeit oder anderswo ereignet hat, sondern wir müssen auch unsere Erfahrungen vermitteln und Schlüsse daraus zu ziehen lernen für eine gemeinsame politische Perspektive aller Bereiche, in denen wir arbeiten. Das INFO - so stellen wir uns das vor, besteht also im wesentlichen aus drei Teilen, die natürlich nicht scharf voneinander zu trennen sind. Der erste Teil enthält aktuelle Informationen (Ereignisse, Aktionen, Veranstaltungen, Sitzungen - als Kurzberichte oder Notizen abgefaßt). Im zweiten Teil berichten die arbeitenden Gruppen über den Stand ihrer Arbeit, ihre eigenen Schwierigkeiten und über die Probleme des Bereichs, in dem sie arbeiten. Im dritten Teil wollen wir eine Theoriediskussion in Gang brin-

gen, die es uns ermöglicht, das allen Arbeitsbereichen (Betrieb, Stadtteil, Uni) Gemeinsame zu sehen und eine Strategie zu formulieren, die uns größere Sicherheit für unsere Kleinarbeit bringt, weil wir allmählich herausfinden, worauf unsere Arbeit eigentlich hinauslaufen könnte und welche gesellschaftliche Bedeutung sie hat.
Wir machen - das geht wohl aus dem bisherigen hervor - nicht nur das INFO, sondern treffen uns jeden Mittwoch um 19.3o Uhr im Sozialistischen Zentrum (Delegierte oder auch mehrere aus den einzelnen Gruppen). Auf diesem Plenum diskutieren wir Fragen, die uns alle angehen und versuchen darüberhinaus, Arbeitsgruppen in den einzelnen Bereichen zu bilden, die sich eine Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen zum Ziel setzen und zu denen auch diejenigen Genossinnen und Genossen kommen können, die noch nicht praktisch arbeiten.
Von dem Plenum werden also verschiedene Projektbereiche eingerichtet. Z.B. werden wir am kommenden Mittwoch vorschlagen, eine Arbeitsgruppe "Stadtteilarbeit und Emanzipation" zu bilden. Wir wollen diesen Zusammenhang untersuchen auch im Hinblick auf das nächste Emanzipationsseminar in Frankfurt Mitte April. Wir können dann während dieses Seminars ein Papier vorlegen, das die Diskussion in der Untergruppe Stadtteilarbeit vorstrukturiert und erleichtert. Bereits am vergangenen Mittwoch hatten wir begonnen, über den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Emanzipationsbemühungen in den einzelnen Gruppen zu diskutieren. Eine Gruppe, die bereits dreieinhalb Jahre in der Jugendarbeit steckt, hatte über ihre Erfahrungen berichtet. Wir werden das nächste Mal mit der Emanzipationsdiskussion weitermachen und uns so auch besser kennenzulernen versuchen.

INFORMATIONEN

[illegible]tration gegen die Ermordung des spanischen Genossen Salvadore Puig Antich am 1 3 74 durch die spanische Justiz.
Demo: Sonntag, den 9 3.7 11 ooUhr Mariannenplatz (Kreuzberg)

+ + + + + + + +

Wir suchen Genossinnen und Genossen, die im Wedding Stadtteilarbeit machen wollen Es besteht die Absicht , im Sanierungsgebiet um den Vinetaplatz eine Sanierungsgruppe aufzubauen. Es bestehen bereits im Wedding einige Einzelkontakte Die Initiativgruppe ist über das Mittwochsplenum im SZ 19 3o Uhr zu erreichen.

* * * * * * * * * *

Für die Jugendarbeit in einem Neuköllner Jugendheim(Nachbarschaftsheim) werden ein paar aktive Leute gesucht, denen gelegentlich auch mal was einfällt (Kinder- und Jugendarbeit) Kontakt über Mittwochsplenum.

* * * * * * * * * * * *

AGIT-DRUCK (Undogmatisches Druckerkollektiv) sucht Genossen, die Mitarbeiten wollen (2o Wochenstunden und über längeren Zeitraum)
Tel : 791 8005

* * * * * * * * * * *

Daß wir alle große Wohnungen für WG suchen, braucht man ja wohl nicht extra zu erwähnen.

* * * * * * * * * * *

Wie das Bezirksamt versucht Eigeninitiativen von Bürgern zu zerschlagen!
Aus: PUTTE-Info NR.3

Unsere Lage im Wedding

Hier auf dem Wedding gibt es zu wenig Jugendheime, Kindergärten, fast keine geeigneten Spielplätze. Aus dieser Notlage heraus, die wir nicht verschuldet haben, versuchen Mitglieder seit einem Jahr bestehenden Bürgerinitiative Putte , das miserable Freizeitangebot für Jugendliche (eine teure Diskothek, ein weiter abgelegenes langweiliges Jugendzentrum (Jugendheim), in dem mehr verboten als erlaubt ist und für Kinder zuverbessern. Es ist klar, daß uns bei unserer Arbeit von vornherein Grenzen gesetzt sind, da wir auf finanzielle Hilfe vom Senat angewiesen sind. Anfangs wurde unsere Arbeit von der Abteilung "Jugend und Sport" auch öfters lobend erwähnt. Warum? Nicht, weil sie sich freuen, daß wir selber etwas entwickeln, Vielmehr, weil wir ihnen den Teil der Arbeit abnehmen, den sie nicht leisten.

Die Rathausherrn erzittern wenn sie Jugendwohngemeinschaften wittern

Sehr schnell aber gingen sie vom Lob zum Angriff über. Und das gerade von dem Zeitpunkt an, wo erste Erfolge in unserer Jugendarbeit sichtbar wurden. Wir waren ihnen auf einmal ein Dorn im Auge, als 16 Jugendliche von uns, die sich im Jugendladen zusammengetan hatten, eine Jugendwohngemeinschaft gründeten und bloß leerstehende Räume in der Putte als Wohnraum nutzten. Für die Jugendlichen hatte die Jugendwohngemeinschaft eine große Bedeutung: erstens konnten die Jugendlichen, die aus miserablen Wohnverhältnissen kommen, selbst ausprobieren, wofür sie schon lange ein Konzept entwickelt hatten, nämlich ihre Probleme mit Arbeitssuche und Ausbildung , aber auch mit der Freizeitgestaltung, selber zu lösen; zweitens hatte sich im Jugendladen herausgestellt, daß eine feste Gruppe nötig ist, um den zusammenhalt der Projekte zu gewährleisten. Denn dadurch, daß sie selbst im Haus wohnen, haben sie ständig die Probleme direkt vor Augen und müssen versuchen, sie gemeinsam zu lösen. Das macht gerade den Jugendlichen, die die persönlich noch nicht so gefestigt sind, bei der Bewältigung dieser Aufgaben eine sinnvolle Beschäftigung möglich. Daß dies alles von uns selbst entwickelt worden ist, Daß wir (und nicht nur wir) darin einen ziemlich großen erzieherischen Wert sehen, das interessiert die SPD-Vertreter vom Bezirksamt überhaupt nicht. Plötzlich sind wir für sie eine Gefahr. Sie sagen, es entstehe hier eine gefährlich Zusammenballung von Jugendlichen. Was soll bloß so ein GeQuatsche, für das sie nicht geringste Begründung aufweisen können, außer auf ein Jugendwohnhaus in Kreuzberg (Georg von Rauch Haus) zu verweisen. Und gerade in dem Fall muß selbst der Senat eingestehen, daß deren Experiment (zusammen leben von 5o Jugendlichen in einem Haus) nur Fortschritte zeigt.

Forts. S.7

OO Initiative für einen ASP in Charlottenburg : In Charlottenburg gibt es zu wenig Spielplätze, keinen einzigen ASP. Wir (eine Wohngemeinschaft) wollen in "Nassen Dreieck" einen ASP machen. Wir haben angefangen, Informationen zu sammeln, erste kontakte aufzunehmen. Wenn es wärmer ist, wollen wir ein Kinderfest veranstalten und den Eltern klarmachen, wozu ein ASP gut ist.
Wir suchen noch Genossen, die auf dem ASP und/oder damit zusammenhängenden Bereichen (Schularbeitszirkel, Jugendliche, Türken, Elternkontakte, Mieterkonflikte ...) mitarbeiten wollen.
KONTAKT : 3432320

OO Über Ostern findet in Frankfurt das zweite Emanzipations-Seminar statt. Hierzu soll sich am Mittwoch den 4.3. eine Arbeitsgruppe konstituieren, die den Zusammenhang von Emanzipation und Stadtteilarbeit aufarbeiten soll Das erarbeitete Material soll dann in Frankfurt vorgelegt und diskutiert. werden.
Kontakt: Mittwochs-Plenum im SZ oder das INFO -BUG

OO Über den Häuserkampf in Frankfurt berichtet der ID in einer Sondernummer Umfassendes Material - erhältlich in den linken Buchläden.

OO Aktionen gegen die Hinrichtung des Genossen Salvador Puig Antich durch die spanischen Faschisten.
Am Samstag ging das Iberia-Reisebüro zu Bruch.
Am Sonntag Mittag wurde der Spanien -Stand auf der Tourismusmesse in Beisein von Besuchern der Messe zerstört und mit Hakenkreuze bemalt.
Eine Demo gegen den Faschismus in Spanien soll am Dienstag oder Mittwoch stattfinden.

OO Es wird Zeit, daß sich die Sponti-Linke überlegt was sie zum 1.MAI 74 macht. Es stellt sich die Frage an welcher Demonstration man teilnimmt; außerdem muß diskutiert werden wo man Stadtteilfeste organisiert.
Erster lockerer Treff hierzu am 10.3. um 19.30 Uhr im Soz.Zentrum.
Zu Beginn werden Dias von 1Mai 1973 gezeigt.
Weiterer Kontakt über das INFO.

OO Die Rote Hilfe macht eine Informationsveranstaltung über die Knastscheiße am freitag, den 16.März im 19 Uhr im Drugstore, Potsdamer Straße 180

\+ + + + + + +

Es hat sich nun auch in Westberlin nach einjähriger Verzögerung (nach dem letzten Emanzipationseminar war bereits die Rede davon) eine Männergruppe gebildet, die sich schon zweimal im "Liliom" getroffen hat. Dort kann man auch den nächsten Termin erfahren.

\+ + + + + + + +

Im nächsten INFO wird eine Undogmatische Gruppe am Berlin-Kolleg über ihre Situation berichten. Außerdem enthält das INFO einen Bericht über die bisherige Arbeit der GUM.

++ + + + + + + +

Die Sozialpädagogische Korrespondenz (SPK), die seit 1968 erschienen ist, hat im Dez. 1974 ihr Erscheinen eingestellt. Die Redaktion arbeitet jetzt beim INFO Sozialarbeit des Sozialistischen Büros mit. Das INFO erscheint vierteljährlich. Da aber das Bedürfnis besteht, auch über aktuelle Probleme im Bereich der Sozialarbeit zu informieren , werden Genossen von der ehemaligen SPK auch am INFO UBG mitarbeiten.

Zur Lage der Sonderprojekte (SP)

Die Sonderprojekte sind als Initiativgruppen im Sozialisationsbereich mit proletarischen Kindern und Jugendlichen entstanden.
Das Interesse des Senats, die Projekte zu foerdern, resultiert vor allem aus der voelligen Unzulaenglichkei und Wirkungslosigkeit herkoemmlicher Sozialarbeit. Die eigenen Arbeit in diesem Bereich konnte die Zunahme von Jugendkriminalitaet, Schulschwaenzen usw. besonders in den Bereichen, wo Initiativgrupppen, nicht verhindern. Diese Gruppen hatten anfangs die Moeglichkeit unabhaengig von buerokratischer Kontrolle ihrer Arbeit einen experimentellen Charakter zu geben und neue Arbeitsformen zu entwickeln. Diesen experimentelleren und flexibleren Charakter der Gruppen wollte sich der Senat zum Zwecke der notwendigen Reform der eigenen Sozialarbeit zu Nutze machen.

Aktuelle Situation:
Durch einen Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 14.12.73 wurde ein weiterer Versuch zur Kontrolle der SP unternommen: Es sollte sichergestellt werden, "dass in den SP die im Gegensatz zu den Eltern-Kind-Gruppen eine volle Kostendeckung erhalten, Kinder aus sozialbenachteiligten Familien gefoerdert und die Eltern anderer Kinder beteiligt", und gewaehrleistet werden, "dass die Durchfuehrung der paedagogischen Arbeit in den SP kontrolliert wird."
Daraufhin wurden die SP aufgefordert, genaue statistische Angaben ueber Einkuehfte, Wohnverhaeltnisse, Ausbildung usw. der Eltern ihrer Kindergruppe zu geben, um die Unterprivilegierung und damit die Foerderungswuedigkeit festzustellen. Die SPs hielten dies, fuer eine politische Disziplinierung und einen unverschaemten Eingriff in ihre Arbiet. Auf dem SP-Plenum wurden drei moegliche Vorgehensweisen gegenueber dem Senat diskutiert:

1. Verweigerung der Sozialangaben, Aufforderung an den Senat, sich selbst von der Unterprivilegierung bie den Eltern zu ueberzeugen. Einschaetzung: Der Senat versucht die Staerke der SP zu erproben, wenn dann kein Widerstand von den SP kommt, noch staerkere Kontrolle, bis eine pol. Arbeit nicht mehr moeglich ist. Es werden keine Angaben gemacht, selbst auf die Gefahr, dass die Foerderung gestrichen wird, weil politische Arbeit unter Senatskontrolle nicht moeglich ist. Nur weil die linke SPD von der CDU beschraenkt wird, die SPD den Druck an die SPs weitergibt, brauchen wir nicht der SPD die Rechtfertigung zur Unterstuetzung der SP zu liefern.
2. Die Sozialangaben werden anonym gemacht! Einschaetzung: Wir koennen es uns nicht leisten bie solchen Massnahmen des Senats mit einer totalen Verweigerung zu antworten und damit unsere Fo rderung aufs Spiel zu setzen. Wenn wir die Angaben anonym machen, ist die Finanzierung nicht gefaehdet, da bei Einstellung der Foerderung die gesamte bisherige Foerderung der SP fuer den Senat sinnlos waere, und Fragestellung und Rechtfertigung innerhalb der Fraktionen des Senats

der gesamten SPD und der CDU nach sich ziehen wuerde. Andererseits zeigen wir dem Senat auf, dass wir nicht bereit sind, jede Forderung zu erfuellen. Da die linke SPD gegenueber der CDU eine schwache Stellung hat, muessen wir ihr Argumente gegen die CDU an die Hand geben.

3. Die geforderten Sozialangeben werden gemacht. Einschaetzung: Erfuellen wir die Anforderungen des Senats nicht, werden die Gelder fuer die SP gestrichen; dies koennen wir gegenuwber den Kindern und Jugendlichen nicht verantworten.

Tatsaechlich wurde kein gemeinsames Vorgehen aller SP erreicht. Der groesste Teil machte anonyme Sozialangaben (vgl.2.). Der Senat forderte daraufhin genauere und vollstaendigere Angaben von den SP. Das SP-Plenum verfasste einen Brief an den Senat, in dem die SPs nochmals einen Eingriff in ihre Arbeit ablehnten. Unterprivilegierung der Kinder und Eltern in den SP-Gruppen koenne nicht der Senat beurteilen, sondern nur die SP selbst.

(Zur Einschaetzung der SP siehe auch Kursbuch 31, S. 76 ff.)

Senats und Bezirsamtsabenteuer - So wirds gemacht: Pädagogisch betreute Spielplätze der Reihe nach umgenietet!

Zahlen -Daten - Fakten -

In der Kinder-und JUgendarbeit sin die Streichungen auf der Tagesordnung.Dies gilt insbesondere auch für die Abenteuerspielpöätze, da die wenigen Betreuer auf ihnen novh den Bez.-Ämtern isoliert gegenüber stehen und bei geringstem Protest rausfliegen.So vegitieren die 23 Abenteuerspielplätze (ASP) in Berlin ohne Ausnahme unter dem Existensminimum.Die ersten Schließungen sind bereits eingetreten,weitere müssen folgen.

Auf der anderen Seite protzen der Senat und die Bez.-Ämter bei jeder Gelegenheit mit diesen Projekten:Jugendpflegebericht,Vorlagen bei BVV;s im Landespressedienst (12.1o73, 11.12.73) und in vielen Presseartikeln.

Schließungswelle rollt!

Der Abenteuerspielplatz PUTTE in Wedding wurde"aus finanziellen Gründen" geschlossen (Jan.74).Die Arbeit läuft auf Privatinitiative weiter.Siehe PUTTE Artikel nächste HEZ.Jugendstadtrat Sötje erklärt vor der Presse:Für die übrigen ASP in Wedding seien 1974 1o.ooo,-DM zur Verfügung,1975 ~~x8~~ nur noch 7.500.-DM!

In Zehlendorf wurden für den ASP zwar Betreuer éngestellt,für 1974 und bis jetzt für 1975 ist kein Pfennig für Materialkosten bewilligt. Der"Abenteuerspielplatz Johanisthaler Chaussee" in Neukölln wurde immer mehr von J gendlichen bevölkert.Die Kinderarbeit brach völlig zusammen.

Fortsetzung Seite 17

Wovor sie Angst in den Rathäusern haben,wird uns auch immer klarer : durch unsere Selbsthilfe entwickeln wir untereinander ganz andere Beziehungen,erreichen wir für uns selber zehnmal mehr als das,was uns von ihrer Seite angeboten wird (Staatliche Jugendfreizeitheime) ; wir stehen hinter einer Sache,die wir selbst aufgebaut haben und lernen dabei ne ganze Menge,wovon wir vorher nichts oder wenig gewußt haben. Gerade auch in der ständigen Auseinandersetzung mit dem Bezirksamt erkennen wir,daß es ihre einzige Absicht ist,uns auseinander zu reißen und abzuwiegeln. Kinderbetreuer alleine können sie gebrauchen,aber wenn wir anfangen uns selbst zusammenzutun, wollen sie uns kaputtmachen.

Mit §-en wollen sie uns erschlagen

Ein weiteres Beispiel für die vielen Einfälle des Bezirksamtes,uns aus dem Haus zu vertreiben,ist der Versuch der Bauaufsicht uns die Schornsteine wegen Undichtigkeit zu sperren. Dabei sind unsere Schornsteine auch nicht schlechter als die anderen gleichalten Häuser. Kein Haus wird nur deswegen abgerissen.
Anscheinend glaubten die um Den Baustadtrat Renner,daß wir wegen der hohen Kosten den nötigen Abdichtungen passem würden. Inzwischen haben wir von zwölf Schornsteinen zehn mit eigener Arbeit repariert. Jetzt soll das Haus wegen den verbliebenen zwei anderen unbewohnbar sein.
Wer ist wohl dumm genug das zu glauben.

Die Polizei-ein öffentliches Ärgernis

Das Bezirksamt klagt uns gegenüber immer wieder über fehlende öffentliche Mittel. Was wir dagegen so täglich vor unserer Tür beobachten macht uns das nicht gerade glaubhaft. Bis zu fünfzig Mal am Tag lassen sie ihre Polizeistreifenwagen auf-undabfahren,als ob der Wedding das reinste Gängsterviertel und wir eine Gängsterzentrale sind. Ob das die Bürger glauben sollen ?
Schon morgens um sechs Uhr,wenn wir zur Arbeit gehen,stehen schon manchmal welche vor der Tür; auf dem Abenteuerspielplatz erscheinen laufend Streifen und machen wie jedes anderes Jugendheim eine ganz normale Fete,stellen sie gleich zwei Mannschaftswagen vor die Haustür und schicken welche zur Beobachtung rein. Nicht nur,daß das eine Störung unseres Betriebes ist,müssen wir uns doch sehr wundern,wie unsere Steuergelder für diesen Blödsinn verschwendet werden und dann für die Jugendarbeit nichts da ist. Das schärfste Ding leisteten sie sich,als sie eine Abordnung von der Panke-Zentrale zur "Hausbesichtigung" hierherschickten,die auskundschaften sollte, wie man das Haus am besten räumen kann.

Das sind nur so ein par Beobachtungen,wie unsere Hernn Volksvertreter sich Mühe machen,uns zu"unterstützen". Statt uns bei unserer Arbeit soweit es irgendwie geht unter die Arme zu greifen,legen sie uns einen Stein nach dem anderen in den Weg.

Sozialarbeitern aus dem größten Weddinger Jugendheim Haus der Jugend) drohten sie mit sofortiger Entlassung, weil sie zusammen mit Jugendlichen Solidaritätserklärungen aus dem Fenster gehangen hatten. Unter fadenscheinigen Begründungen wurden die Verträge der Sozialarbeiter nicht verlängert. Für unseren Abenteuerspielplatz haben sie die halbtags bezahlten Betreuer versetzt; angeblich fehlen ihnen auch da die Geldmittel. Warum denn aber gerade bei uns?

Uns ist klar, was sie wollen, sie wollen uns mit allen Mitteln kaputt kriegen. Wir werden aber nicht kampflos aufgeben. Wir lernen erst zu kämpfen und wir hoffen mit Unterstützung von noch mehr Weddinger Bürgern, ihnen einen Str[illegible] ich durch die Rechnung ~~z~~ zu machen.

"Wann sollt ihr das Haus verlassen?"
Aus PUTTE-Info NR.3

Oft werden wir von den Leuten gefragt: Was ist nun mit der PUTTE? Bleibt das Haus stehen oder wird es abgerissen? Nehmt ihr die Ersatzräume nun doch an? Wann sollt ihr das Haus verlassen?
Die PUTTE ist eine Bürgerinitiative, die aus einem Abenteuerspielplatz, einer Jugendwohngemeinschaft, einem Kinder- Schüler-, Minijugend-, und Jugendladen besteht. Da das Haus im Sanierungsgebiet steht (Rügener Str.2o) hat das Bez.-Amt (Eigentümer des Hauses) beschlossen, daß wir das Haus am 31. März zu räumen haben, obwohl erst in 8 Jahren ein Neubau entstehen soll.

Ersatzräume und was wir davon haben

Nun hat uns aber das Bez.-Amt nach langen Verhandlungen über unser Haus folgenden Vorschlag gemacht: Wir bekommen 4 Läden in Putbusser Str.. Dort könnten wir dann mit dem Schüler-, Kinder und Jugendladen umziehen. Die Jugendwohngemeinschaft, der Minijugendladen und die Arbeit des Abentteuerspielpletzes im Hause könnten leider nicht mehr fortgeführt werden, da nicht genügend Platz vorhandeb ist. Nimmt die PUTTE diesen Vorschlag an, wird sie weiter vom Senat finanziell unterstützt. Lehnt sie aber ab, bekommt sie gar nichts mehr, droht uns das Bez.-Amt.

Wir die PUTTE lassen und nicht auf diesen Vorschlag des Bez.-Amtes ein. Wir lassen uns nicht erpressen. Wir wollen alle zusammenbleiben. Es ist nicht genug Platz für uns da.

Unsere Forderungen

In einer Vollversammlung der Bürgerinitiative haben wir folgenden Beschluß gefaßt: Wir die PUTTE unterschreiben den Vertrag über die Ersatzräume nur, wenn alle Projekte (!!!) Räume haben und ausreichend finanziell unterstützt werden.

Warum stellen wir diese Forderungen

Wir wollen verhindern,daß durch die Zerstörung dreier Projekte (Wohngemeinschaft,Minijugendladen,Abenteuerspielplatz-Räume) die Gesamtarbeit der PUTTE gefährdet wird.Es ist nicht zu vertreten,daß die bisherigen Erfolge in unserer Wohngemeinschaft zunichte gemacht werden.Denn gerade die Wohngemeinschaft arbeitet in allen Projekten der PUTTE mit.

Wie ist unsere Forderung zu erfüllen

Wir fordern vom Bez.-Amt oder Senat für dieses bis zur Neubebauung (ca.1981) des Grunstücks.Da der Senat uns die für 8o.000 DM renovierten Ersatzräume (und für unser Haus war kein Geld da?) anbietet,haben wir uns Gedanken gemacht,wie wir diese Räume in unsere Arbeit mit einbeziehen.

Ist das nicht ein bisschen unverschämt wird man uns fragen das Haus und die Ersatzräume zu verlangen.Nein werden wir darauf antworten,denn mit unserem Haus und en Ersatzräumen können wir und vielleicht welche von ihnen eine wrklich gute Arbeit leisten.

Zweitens haben wir dann noch mehr Platz für unsere Einrichtungen.
Drittens kann in den Ersatzräumen eine Viel bessere Arbeit mit Kindern und Schülern stattfinden (dort gibt es Duschen-, Schlaf-undEßgelegenheiten).

Viertens könnte die Jugendwohngemeinschaft in dem Haus wohnen bleiben und würde so Wohnraum schaffen.Außerdem hat Stadtrat Sötje eine Liste von 15o kinderreichen Familien ohne ausreichenden Wohnraum.Wir würden Herrn Sötje gerne eine Etage für zwei Familien anbieten.

Fünftens ist eine viel bessere Arbeit des Abenteuerspielplatzes gesichert ,da sie eben Räume im Hause haben,wo man Werkzeug unterbringen könnte und wo man bei schlechtem Wetter spielen kann.

sechstens könnte die Jugendwohngemeinschaft weiter aktiv in den einzelnen Projekten der PUTTE mitarbeiten.

Eins steht für uns heute fest!Wir bleiben am 31.März im Haus. Wir werden der Aufforderung des Bez.-Amtes nicht folge leisten.

Um unsere Forderungen durchzusetzen,werden wir verhandlungen mit dem Senat und dem Bez.-Amt führen.Gleichzeiti infomieren wir die Öffentlichkeit über undere Arbeit'Ein K ndervest in verbindung mit einem Elternabend findet in ca,2 Wochen statt. Am 3o.März werden wir nochmals für unsere Forderungen demonstrieren,wenn bis dahin unsere Forderungen nicht erfüllt sind.

Mögliche politische Arbeit

Ganz allgemeinsoll der Laden als Teil der linken Gegenöffenlichkeit verstanden werden.Seine politische Arbeit erhält er u.a.durch die enge Verbindung zu den bestehenden Gruppen und Kollektiven deren praktische Arbeit auch im Reproduktionsbereich liegt.
Hierraus ergeben sich folgende Ansätze:

a7Zielgruppen : Schwergewicht wird auf Schüler,Lehrlinge,Jungarbeiter und Kinder gelegt.

b)Sortiment:aus den Zielgruppen ergixbt sich sich notwendigerweise die Sortimentgestaltung,d.h.:hauptsächlich Literatur über Jugendproblene,Berufschulen,Gewerkschaft,Kindermmziehung,Randgruppen und Knast.

c)Information:Der Laden wird regelmäßig an Berufsschulen,Kindergärten (läden),Jugenheime,Gewerkschaftsjugend,Kinderspilplätze Informationen und Nachrichten geben,die auf die jeweiligen Problemem zugeschnitten werden.

d)Kommunikation:Da der Laden nicht ausschließlich ein Buchladen sein kann und will,muß er als Verteilerstelle und Zuträgerstelle für die verschiedenen Gruppen und Einzellpersonen eingerichtet werden.

Der Laden als Teil des WBK(Westberliner Buchladenkollektiv)und VLB (Verband linker Buchläden)

Der Laden wird als Teil des WBK/VLB arbeiten.Das heißt:die bestehenden WBK Läden müßten den Laden sowohl in fachlicher Hinsicht(Sortimentskram,juristischer Form) als auch in politisch-ökonomischer Hinsicht(finanzielle Unterstützung,allgemeine WBK/VLB Politik)unterstützen(genauere Vorstellungen müssen wir noch mit den Genossen erarbeiten)

Juristischer Kram:Der Laden wird kein Privatbesitz sein so wird die beste juristische Form wohl die GmbH sein.Hier sind die Erfahrungen der anderen linken Läden zu berücksichtigen.

Ökonomische Basis:Wie aus den Zielgruppen ableitbar ist,wird der Laden in den ersten beiden Jahren kaum selbständig die notwendigen Kosten tragen können.Die am Laden beteiligten Gruppen müssen also Möglichkeiten finden,zumindestens Teilweise die Kosten zu Übernehmen(vorläufig unabhängig davon,ob die Wbk Läden zu einer finanziellen Unterstützung bereit sind)

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG IST NOTWENDIG UND ERWÜNSCHT!!!!

Politisches Selbstverständnis:Der Laden wird nicht als Rekrutierungsfeld irgendeiner Partei - Parteiinitiative - Parteiaufbau usw. aufgebaut. Aus dem politischen Selbstverständnis der am Laden beteiligten Gruppen wird das Schwergewicht auf der Verbreitung undogmatischer, libertärer, Selbstorganisation und Selbstbestimmung fördernder Literatur gelegt.

Vorschläge zum Aufbau und Organisierung des Ladens (auf jeden Fall zu ergänzen!!!)

Die folgenden Überlegungen sollen als Arbeitsgrundlage für den Aufbau des Ladens dienen.

1. Berufsschulen: klären, ob und welche Literatur benötigt wird (berufsbezogen); herausfinden wo die Schulen sind, welche Berufe
2. Kinder: Verlage und Gruppen ausfindig machen, die Kinderbücher und Spielsachen herstellen! Anzahl der Kindergärten und Kinderläden h erausfinden; wo Spielplätze sind
3. Jugendheime: Anzahl feststellen und herausfinden, welche Gruppen eventuell dort arbeiten
4. Gewerkschaftsjugend: Herausfinden wo die Gruppen sid,was die für Arbeit machen
5. Schüler und Jugendzentren: auch hier feststellen , wo sie sind, was da läuft usw.

6. Informationsblatt: Der Laden wird vor der Eröffnung (und auch später) über die eigenen Vorstellungen , über die Aufgabe und die zu findende Literatur berichten
7. Tageszeitungen, Romane usw.: Da der Laden nicht als üblicher linker Buchladen arbeiten soll, müßte versucht werden, an die Bevölkerung ganz allgemein durch Verkauf von Tageszeitungen, Romanen, usw. heranzukommen.

Den Laden tragende Gruppen: (bis jetzt)

Weißbecker Haus	Kramer Verlag	Basis Verlag
AAB Neukölln	Eulenspiegel Gruppe	Mietergruppe - Kohlfurter

MIETERINITIATIVE SANIERUNGSGEBIET KLAUSENER PLATZ e.V.

Endlich haben wir unser eigenes Ladenbüro !!
Jetzt haben wir die Möglichkeit, den Mietern in eigenen Räumen beratend und helfend beizustehen und auch unsere Zusammenkünfte darin abzuhalten.

Unser Versammlungszentrum befindet sich in der
Seeligstraße Nr. 14

Ab Freitag den 1.3.74 beginnen wir dort mit der Mieterberatung.

Unser Ziel ist es, die guten Häuser zu erhalten, die uns die billigen Mieten garantieren.

HELFT UNS -
DANN HELFT IHR EUCH SELBST !!

Die nächste Mieterversammlung findet am 5.März (Dienstag) um 19.00 Uhr im Laden Seeligstr. 14 statt.
Wir bitten um zahlreiches Erscheinen!

SANIERUNGSLIED (nach der Melodie vom "Hamburger Fehrmaster"
auf den Straßen und Hinterhöfen zu singen)

Ick hev mal 'n Schlorndorfer Bultmann sehn,
mit die Lügen so dick as det Rathaus sein Turm.

Schreit, Mieter, schreit, wir ziehen hier nicht aus
Wir bleiben in Haus und Wohnung drin,und niemand holt uns raus.

Der Senat ist korrupt, voll Dreck und voll Schmeer
Wo kriegen wir nur 'ne bessere Regierung her ? (Refrain)

Der Riebschläger ist 'ne freche Sau
will uns vertreiben nach Spandau (Refrain)

Neue Heimat will hier saniern
will in Wirklichkeit nur abkassiern (Refrain)

Für den Kreisel hatten sie 60 Millionen
Für den Klausener Platz gibts keine 10 Millionen (Refrain)

Die Häuser lassen sie jetzt schon vergehn
damit in 10 Jahren keine mehr stehn (Refrain)

Viele Mieter leiden am Senatshilfewahn
Zur Arbeit fahren sie dann 2 Stunden Bahn (Refrain)

Die Neue Heimat schafft neue Tatsachen her
Zahlen kann keiner die Miete mehr
Schreit, Mieter, schreit: Wir ziehen hier nicht aus
wir bleiben in Haus und Wohnung drin, und niemand holt uns raus.

BERICHT UEBER DIE STADTTEILGRUPPE NEUKOELLN

Wir sind eine Gruppe von ca. 20 Genossen und Genossinnen,zumeist Studenten,die in Neukoelln so etwas wie Stadtteilarbeit machen (wollen).
Die Stadtteilgruppe existiert seit ueber 3 Jahren mit allerdings stets schwankender Mitgliederzahl,so dass kaum ein Genosse die Anfaenge der Arbeit miterlebt hat.Die personelle Fluktuation war so stark,dass man getrost davon sprechen kann, dass im Lauf der Jahre mehrere hundert Genossen die Stadtteilgruppe durchlaufen haben.
Um die augenblickliche Situation der Gruppe zu verstehen,ist es notwendig,kurz einiges zur geschichtlichen Entwicklung zu sagen :
Die Arbeit begann 1970 als Spaetgeburt der Studentenbewegung - die Aufgabe der damals gebildeten Basisgruppe sollte es sein,im Stadtteil Neukoelln "Gegenoeffentlichkeit "herzustellen,rote Stuetzpunkte zu errichten,die Mieter zu mobilisieren und organisieren.Die konkrete Arbeit beinhaltete die Einrichtung eines Ladens als Kontaktstelle zur Bevoelkerung,Diskussionsrunden,Kampagnen,Herausgabe einer Stadtteilzeitung.Wegen mangelnder positiver Resonanz der Bevoelkerung schlief die Arbeit nach mehreren Monaten ein - die Ziele "Gegenoeffentlichkeit", Organisierung der Basis hatten sich als zu hochgesteckt erwiesen.
Als naechstes schloss sich die Gruppe einer "proletarischen Partei" an (der Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei),sah ihre Funktion nunmehr in der Unterstuetzung von Betriebsarbeit und Verkauf der parteieigenen Zeitung im Stadtteil.Als die Gruppe sich mit dem Parteiansatz nicht mehr identifizieren konnte und die'marxistisch'- leninistische Linie verliess,brach sie mit der Partei und arbeitete fortan weiter als autonome Stadtteilgruppe.
Die beabsichtigte Betriebsarbeit wurde nicht mehr in Angriff genommen,da inzwischen ein Grossteil der Arbeiter nicht mehr in der Gruppe war,weitergefuehrt wurde ausschliesslich die Mieterarbeit :
Hausbesuche,individuelle Gespraeche mit Mietern ueber ihre Wohnungsprobleme, Rechtsbeistand,Haus - und Kneipenversammlungen,Kaempfe gegen Misstaende in Wohnungen und zu hohe Mieten,dann eine grossangelegte Kampagne gegen die 15%ige Mieterhoehung 1972/73 mit Informationsstaenden,Versammlungen,Aktionen gegen Hausbesitzer,Demonstration.
Ziele dieser Arbeit waren die Selbstorganisierung der Mieter in Haeusern und Strassen,dann ,als dieses Vorhaben sich doch als zu unrealistisch erwies,Versuch im Stadtteil 'kleine Feuerchen des Widerstandes zu entfachen',kollektive Erfahrungen zu vermitteln,Bewusstwerdungsprozesse einzuleiten.
Die Mietkampagne erwies sich jedoch gemessen an unseren Erwartungen als Schlag ins Wasser,trotz vereinzelten Widerstandes kamen wir zu der Ueberzeugung,dass die Kampagne an den Beduerfnissen und dem Bewusstsein der Mieter vorbeigegangen sei.

Ein anderer Grund wurde darin gesehen,dass die Mieter viel zu ohnmaechtig und hilflos sind aufgrund ihrer Isolation und gegenseitigen Abgeschlossenheit,ihrer fehlenden Solidaritaet.Das versuchten wir aufzuheben durch einerseits militante Aktionen,die den Mietern zeigen sollten,dass sich doch jemand wehrt,andererseits durch eim Stadtteilfest,das die Kommunikation unter den Mietern und zu uns als Stadtteilgruppe verbessern sollte,um auf diesen Komtakten eine laengerfristige Arbeit aufzubauen.Das Problem der Organisierung der Mieter stellte sich zu diesem Zeitpunkt fuer uns nicht mehr.

Trotz einiger 'Erfolge' und auch des Spasses,den uns unsere Arbeit gebracht hatte, wurde ein paar Monate nach diesen Aktionen im letzten Herbst die Mieterarbeit eingestellt.Die Gruppe sah sich mit der Tatsache konfrontiert,keine Perspektive mehr fuer die weitere Arbeit zu besiten.Die Vorstellungen in der Gruppe waren zu uneinheitlich,wenn ueberhaupt Vorstellungen vorhanden waren,als dass man sich auf eine weitere Arbeit haette einigen koennen.Einige Genossen wanderten in ML-Zirkel,ein Teil begann Jugendarbeit mit einer Lehrlingsgruppe,der Rest verblieb in der Mietergruppe.

Man hatte zwar jahrelang nach den verschiedensten Ansaetzen gearbeitet,deren Realisierung jedoch den eigenen Anspruechen nicht gerecht werden konnte,was beim Grossteil der Gruppe ziemliche Frustration hervorrief.

Es folgte nunmehr eine mehr oder minder intensive Reflexion der geleisteten Arbeit, ihrer Fehler,falschen Ansaetze und auch Erfolge.Einige Genossen glaubten den Fehler darin zu erkennen,dass sich die Gruppe stets als Initiativgruppe,als Aventgarde gefuehlt hatte,die die Massen zum Kampf bewegen wollte,was notwendig ein viel zu hoher,idealistischer,darum falscher Ansatz gewesen sei.Andere verwiesen mehr auf fehlende bzw.fehlerhafte Untersuchungsarbeit,wieder andere auf objektive Hemmnisse fuer eine Stadtteilarbeit in Neukoelln : noch relativ ertraegliche Wohnsituation (weisser Kreis,keine Auslaenderprobleme usw.),Zersplitterung und Inhomogenitaet der Bevoelkerung.Die Gruppe als ganze war jedoch nicht in der Lage,aus der geleisteten Arbeit Schluesse fuer die zukuenftige zu ziehen aufgrund mangelnder theoretischer Qualifikation.Neben einer umfangreichen Untersuchungsarbeit ueber den Stadtteil Neukoelln (die jedoch in den Anfaengen steckenblieb) wurde also mit verstaerkt theoretischer Arbeit begonnen : Theorie des Reproduktionsbereiches (Untersuchung der Widersprueche,der Unterversorgung im Stadtteil),Bestimmung und Untersuchung der Bewusstseinsformen ,strategische Ansaetze im Stadtteil usw.

Unmittelbare Erfolge zeitigt diese Arbeit noch nicht,die Mietergruppe ist nach wie vor nicht in der Lage,eine konkrete Praxis auzugehen.

Aus dieser Situation heraus ist erklaerlich,dass zumindest die Mietergruppe stark an Kommunikation mit anderen Gruppen interessiert ist,um aus deren Theorie und Praxis gegebenenfalls fuer die eigene Arbeit lernen zu koennen.

HOCHSCHULGRUPPE AN DER PH
Treff: Freitags 2o Uhr
im Soz. Zentrum

Die Gruppe setzt sich zusammen aus einigen Genossinnen und Genossen der ehemaligen Stadtteilgruppe -PH und der GUM.
Die Stadtteilgruppe hatte sich zusammengefunden, als die "aktiven" X Streiks zwar von über tausend beschlossen (abgestimmt) waren, der Streik dann jedoch nur von wenigen aktiv durchgeführt wurde. Die verschiedenen Parteiableger zeichneten sich durch Hick-Hack aus, hatten jedoch auch das Streikruder fest in der Hand. Dies führte bei vielen Studenten zum Frust - sie blieben zu Hause. In dieser Situation schlossen sich einige Studenten zusammen und machten ein Stadtteilkinderfest, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, um ihnen zu verdeutlichen, weshalb die Studenten streikten. Das Fest war ein großer Erfolg - viele Studenten wurden aus ihrer Passivität herausgezogen - man streikte aktiv. Der Elan für politische Aktivitäten verpuffte jedoch mit der Zeit, es wurde noch eine Streikfete an der PH organisiert und auf der Demo am Tage der Verabschiedung des Löffler-Plans neue Formen des Demonstrierens versucht. Damit war die öffentliche Arbeit jedoch im Großen und Ganzen gestorben. In der Gruppe entschieden sich nach langen Diskussionen, die die emotionalen Verbindungen aufrecht erhielten und zum Teil ausbauten, einige für Jugendarbeit , andere für Hochschularbeit. Der Hochschulteil hatte beschlossen, an der PH ihre Arbeit mit Sozialkampf fortzuführen(Mensafraß,Bafög, Rote- Punkt-Aktion). Hierzu taten sie sich mit der ehemaligen Hochschulgruppe der GUM zusammen. Der Hochschulk(r)ampf der GUM soll hier nicht aufgerollt werden, da dies an anderer Stelle geschehen wird.
Nun begann die Diskussion darüber, was man mit der Sozialkampagne machen wollte. Hier gab es zwei Vorstellungen: a) nur Sozialkampagne, b) mittels der Sozialkampagne den Aufbau einer alternativen Hochschulgruppe anzetteln. Die Meinung, daß man perspektivisch eine alternative Hochschulpolitik an der PH aufbauen will, setzte sich nach langem zähflüssigen Hin und Her und auch leider einigen Opfern durch. Die Sozialkampagne fiel unter den Tisch, die leeren Versammlungen von anderen PH-Gruppen über den Bafög-Kampf zeigte auch, daß das Interesse der Studenten sehr gering war. Die Alternative Hochschulpolitik mußte mit anderen Mitteln begonnen werden. Klar war, wenn auch mit Differenzierungen, daß man sich nicht erst Monate lang mit Theorie beschäftigen darf- es muß eine Gleichzeitigkeit von theoretischer und praktischer Arbeit stattfinden. Die Standortdiskussion ist höchstens in Ansätzen gelaufen, außer daß wir uns zu den Spontis zählen, können wir zwar noch sagen, was wir nicht wollen, positiv können wir uns jedoch z.Zt. kaum definieren.(Siehe Anhang zu diesem Artikel). Klar ist uns, daß Seminarkritik als wichtigstes Element unserer Hochschularbeit anzusehen ist; hier ist die vorgegebene Organisationsform von Studenten und hier können wir an konkreten Abläufen und Inhalten aufzeigen, was bürgerliche Wissenschaft und somit bürgerliches Studium für den Einzelnen bedeutet, hier können wir aufzeigen, daß wir mit dem , was wir hier lernen, in unseren späteren Berufspraxis nichts anfangen können. Am Semesteranfang wollen wir eine Erstsemesterzeitung vertei-

-len. Hiermit wollen wir aufzeigen, in welche situation ein studienanfänger kommt, wie sich der hochschulbetrieb mit seinen bluffs und kunkeleien abspielt, wie wir die momentane situation an der ph einschätzen.
Weiterhin wollen wir uns im den semesterferine mit der rvo und dem rahnehplan für die lehrerausbildung beschäftigen. Hierzu wollen wir kurz die kämpfe gegen den löfflerplan außarbeiten (vorarbeit ist schon gelaufen), um daraus heraus mögliche schritte gegen die neuen angriffe des senates zu formulieren.

================

EINE VERÄNDERUNG DER HOCHSCHULE MUSS HIER UND HEUTE BEGINNEN
NICHT ERST NACH DER REVOLUTION IN CHINA ODER DER UDSSR

==================

Anhang : selbstorganisationspapier (wurde von einègen stg-genossen zur diskussion vorgelegt)

Wir haben uns selbst organisiert, d.h. niemand hat uns gesagt: du mußt! Esgeschah nicht aufgrung einer abstrakt-politischen linie, sondern wegen unserer gleichen bedürfnisse, Wir haben immer mehr erkannt: - daß wir außerhalb unserer interessenbörsen stehen (asta, vollversammlungen usw.)
- daß unsere interessen, wünsche, sehnsüchte und bedürfnisse nur durch eigene praktischkritische tätigkeit gegen das system durchgesetzt werden können
- daß wir unser "schicksal" nicht mehr einer partei, einen generalrat, welcher richtung auch immer, überlassen dürfen.
Die antwort ist die selbstorganisation, d.h. die organisation unserer wünsche , interessen und bedürfnisse. Diese organisierung verhindert die unterdrückung der individuellen bedürfnisse, da man sich wegen seiner wohnsituation, ph-scheiße, isolation, ehebruch oder sonst was mit gleichxx interessierten leuten, die an einer aufhebung der zustände interessiert sind organisieren kann.
Politische arbeit schließt also nicht "nur" die unterstützung von streiks, teilnahme an diskussionsveranstaltungen, verteilen von flugblättern, aktionen und agitationen ein, sondern auch zusammen leben, lernen, feiern, bumsen, sich kennen-lernen, spaß zu haben usw.
Die ehemalige stadtteilgruppe, die an einem punpt angelangt war, wo derartiges hätte geleistet werden können und versucht hat, es teilweise zu leisten, ist jetzt dabei, von den ansprüchen abzugehen, weil einige meinten, daß dies zu unpolitisch sei, andere dagegen, weil sie sehen, daß dies nicht eingelöst wird.
Die stg zentrifugiert sich in dutzende gruppen, wobei die aktionseinheit mit anderen ph-lern sich in unserem falle verselbständigt und die planung der aktionseinheit hauptziel der leute zu werden droht. Wenn gruppen, die hier partikular formulierten ansprüche, dei zu diskutieren sind, zu verwirklichen suchen, müssen sie, um arbeitsfähig und leistungsfähig zu bleiben, denen der praxis gerecht werden. Wenn sie dann z.b. den begriff der solidarität leisten, ist es klar (ist es das?), daß sie sich mit anderen zu gemeinsamen aufgaben verbinden können und müssen.
Die linie wird sich in der praxis klären und dadurch auch der resignation und der stagnation in den hintern treten.

Revolutionärer Kampf Frankfurt

Der Spontaneismus hinkt hinter den Kämpfen der Massen her!

(aus WIR WOLLEN ALLES Nr. 12 Januar 1974, S.5)

Diese Entwicklung stellt auch die linksradikalen Gruppen, die mit den Betrieben etwas zu tun haben, vor neue Aufgaben. Bisher hatten diese Gruppen wesentlich eine agitatorische Funktion: Kontinuierlich trugen sie so zur Radikalisierung des politischen Klimas in den Betrieben bei und hatten hier eine wichtige Bedeutung. Auf der Ebene praktischer Entscheidungen und Initiativen aber hatten sie so gut wie keinen Einfluß - das blieb Domäne der angestammten oder neu entstandenen betrieblichen Avantgarden, die sich jeden von außen kommenden Einfluß verbaten. Das war in der Zeit der Entstehung erster Arbeiterinitiativen nicht besonders schlimm, denn beides ergänzte sich : die Linksradikalen hatten eine ideologische , aufklärende Funktion, waren zuweilen vielleicht sogar das Salz - auf der anderen Seite gab es, mit beeinflußt von den Aktivitäten der Linksradikalen, die praktische Bewegung der Arbeiter, die in den spontanen Kämpfen ihre ersten Erfolge gegen einen unvorbereiteten und noch nicht gerüsteten Gegner durchsetzen konnte. Diese Phase ist nach den Streiks des letzten Jahres vorbei, und die Arbeiter wissen das. Die Bewegung der Arbeiter hat heute ihre eigene Dynamik und Kraft, sie wird durch die Repression nicht zu stoppen sein - daß sich die Bewegung der Arbeiter aber heute einer geschlossenen Front von Unternehmern, SPD und Staat gegenübersieht, stellt ihr neue Fragen: die Frage der Organisierung, die Frage neuer Kampfformen, die Frage nach einer politischen Strategie, die es vermag, zwischen den vielen zerstreuten Ansätzen, die alle das Gleiche meinen, eine inhaltliche und auch organisatorische Verbindung herzustellen. Es sind das alles Fragen, die nicht von außen gestellt werden (wie es jahrelang die zahllosen Parteien taten) sondern Fragen, die sich heute praktisch aus der Bewegung heraus stellen. Gruppen , die heute an diesen Problemen weiter vorbeiagitieren , liegen schief.

Das sind keine Fragen, die es verlangen, daß wir dazu ein Rezept entwickeln. Und es sind erst recht keine Fragen, die den arbeitsteiligen Zweig der Betriebsgruppen betreffen: es sind Fragen, die die gesamte revolutionäre Linke , ob sie nun im Betrieb arbeitet oder nicht, angehen. Denn immer deutlicher stellt sich die Frage der politischen Linie, die Frage der Repression, die Frage der ersten Versuche von Vereinheitlichung als gemeinsame Frage aller , die kämpfen : der gemeinsame Gegner wird deutlicher, die gemeinsamen Inhalte werden deutlicher - wir stehen nicht mehr vor dem Problem von außen etwas für die Arbeiter entwickeln zu wollen, wir stehen vor dem Problem des gemeinsamen Kampfes und einer gemeinsamen Strategie. Von daher - und nicht vom Betrieb X der Abteilung Y oder dem Mietstreikhaus Z her - müssen wir unsere Arbeit zu bestimmen versuchen. Das klingt groß - und ist zumindest auch größer als das , was wir bisher versucht haben: denn die Zeiten sind vorbei, in denen die spontaneistischen Gruppen ihre Arbeit unbeschadet und ziemlich geschichtslos aus ihren eigenen Bewegungsgesetzen und Bedürfnissen bestimmen und weitermachen konnten, der Klassenkampf in der Bundesrepublik ist heute nicht mehr Wunschtraum oder Exotikum , das für uns selber kaum vorstellbar ist , sondern Realität:

noch schwach und zersplittert, aber Realität. Auf diese Realität müssen wir uns einstellen.
Das bedeutet nicht Abkehr von den Inhalten unserer Politik, das bedeutet aber Abkehr von der spontaneistischen Ideologie , die alles aus dem konkreten Konflikt und aus dem konkreten Bedürfnis entwickelt sehen will, der die Frage der Organisierung xxx und der Strategie ein orthodoxes und massenfeindliches Greuel ist. Der Revolutionär, der heute nicht mehr als das Wort "Spontaneität der Massen " im Kopf hat, rennt hinter der Bewegung der Massen und den Fragen , die sich ihre praktisch stellen hinterher.

Fortsetzung von S.5 Spielplatz

DerAntrag der Betreuer auf einen Betreuer für die Jugendlichen wurde vom Jugend-Stadtrat beantwortet:"es wird den Betreuern verboten, mit den Jugendlichen zu arbeiten!" FOLGE: die JUgendlichen stecken das Haus auf dem ASP in Brand, der Spielplatz wurde geschlossen.
Situation im Märkischen Viertel
Im M.V. existier(t)en drei Abenteuerspielplätze. Sie sind entweder geschlossen oder ihnen droht die Schließung. Trotzdem hört das Bezirksamt Reinickendorf nicht auf, mit ihnen zu prahlen. BUNTE ILLUSTRIERTE,27.9.73: "Damit rückt das Viertel der Zukunftsvision, ein Paradies für Kinder zu werden, ein gutes Stück näher." !!
ASP Papageiensiedlung: Zum Jahresende wurde ein Teil der betreuer vom Bezierksamt entlassen, die anderen strafversetzt, weil sie es wagten, die Presse über die katastrophale Lage des ASP zu informieren: 17 DM wurden vom Bez.amt in den letzten drei monaten 73 für Materialkosten bereitgestellt (notwendige Summe: 1o.ooo DM). Mit dem Vorwurf, die Betreuer hätten den Platz abgewirtschaftet, flogen sie raus. Jetzt ist der Platz eine Trümmerwüste: Zwei baracken wurden zerstört, Anwohner verprügelt. Das Bezirksamt: Für uns gilt der Platz als geschlossen." (Dies war der erste ASP Deutschlands, eröffnet 1967)
ASP Heinzegraben: Auf diesem Gelände soll ein Arzthaus entstehen. Eine Ausweichmöglichkeit wurde bisher abgelehnt. Die Bürgerinitiative hätte gewußt, daß der Platz nur befristet genutzt werden könnte.
ASP SEnftenberger Ring: Dieser wurde erst am 19.11.73 eröffnet. Baukosten fast 1/2 Mill., einschließlich eines Renommierspielhauses, mit dem vom Senat und Bezirksamt in der gesamten BRD geprotzt hat. Träger ist der Bund Deutscher Pfadfinder, der nur über S natsgelder finanziert wird.
Die notwendigen Unterhaltungskosten für 74 betragen 164.ooo DM. Der Senat bewies Anfang Dez.73 seine Hinhaltetaktik, tratz Drohung, den Platz schliessen zu müssen. Am 1.Feb. mußte der Platz denn geschlossen werden. Nun bietet der Senat, vertreten durch Herrn Tuchel einen Kostenabschlag für zwei Monate an. Da der ASP dann Anfang März wieder vor der Pleite stehen würde sind die Betreuer (fünf von ihnen sind zum 1.Feb. bereits entlassen worden) nicht bereit, den Betrieb wieder aufzunehmen. Sie fordern eine verbindliche Zusage für das ganze Jahr 74 !
Über 4oo Kinder besuchen den Platz, täglich im Januar 12o Kinder. Sie verkaufen INFO-Schriften, sammelten auf der Straße und in den Häusern an den ersten drei tagen über 2ooo Unterschriften, die die Forderungen der Bezreuer unterstützen, und manchen Tonbandinterviews mit der Anwohnern.
Die Solidarität der Eltern und Anwohnerx ist groß. In einer Aktionswoche vom 4. bis 10.2. fanden Kinderversammlungen, Elternversammlungen, Spielaktionen auf Parkplätzen und eine Kinderdemonstration statt.

Noch mal in eigener Sache (vielleicht auch in eurer !)

Aller Anfang ist schwarz ! So sah es jedenfalls am ersten Drucktag aus. Zwei Tage haben wir im SZ mit verschmierten Pfoten an diesem INFO gedruckt. Ein Wunder, daß es über haupt fertig geworden ist. Aber Wunder dauern ja bekanntlich etwas länger. Aber wir machen weiter. In der nächsten Woche soll die Nummer 2 erscheinen. Das liegt aber nicht nur an uns. Vielleicht diskutiert ihr in euren Gruppen mal, ob ihr euch nicht auch an diesem Versuch eines wöchentlichen Informationsdienstes der westberliner Undogmatischen Linken beteiligen wollt - mit Beiträgen(Artikeln), mit Arbeitszeit (Druck und Zusammenlagen, Vertrieb) und Geld-darf es auch sein. Die Papierpreise sind z.B. wieder erheblich gestiegen.
Ihr könnt eure Kleinanzeigen, die ihr bisher bei den Extra-Revis abdrucken ließt, auch bei uns bringen. Kostenlos - Spenden sind erwünscht. Wir sind erst mal mit einer Auflage von 1000 Exemplaren angefangen. Wahrscheinlich wird es bald erheblich mehr sein . Damit steigt auch die Verbreitung und die Chance, daß man das findet, was m n sucht.
Die ersten Nummern werden wir erstmal auf Abzugsmaschinen drucken. Wenn das INFO auf ausreichendes Interesse stößt, stellen wir auf Offset um. Dann sieht das ganze Exemplar so sauber aus wie jetzt die Titelseite. Es wird aber auch in der Herstellung teurer , weil wir beim Drucker drucken lassen müssen.
Wir haben schon jetzt ein Büro im SZ, das wir in dieser Woche einrichten werden. Wir wollen dann dort möglichst jeden Tag zu bestimmten Zeiten zu erreichen sein. Das müssen wir aber noch auf dem Mittwochsplenum diskutieren. Ihr könnt uns dann telefonisch regelmäßig erreichen und Informationen oder auch ganze Artikel durchgeben (Wir werden sie auf Tonband aufnehmen.)

Außerdem finden wir, daß im SZ mehr laufen müßte. Wir haben zwar die Räume renoviert, die Kneipe ist auch sehr dufte eingerichtet und hat täglich abends auf, aber es fehlen noch regelmäßige Veranstaltungen. Darüber wollen wir uns auch demnächst Gedanken machen.